Datum: 20.11.2020	Drucksache: 0199/2020-2025

Antrag zur Sitzung des Klimabeirates am 16.12.2020

Antragsteller: AG Umwelt- und Naturschutzverbände
Unterstützt von:VCD/ ADFC/ Bielefeld Pro Nahverkehr, Transition Town Bielefeld e.V., Fridays for future,

Verfasst von Dieter Kammerer, Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Vorbemerkung

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold hat am 5. Oktober 2020 das formale Erarbeitungsverfahren für die Neuaufstellung des Regionalplans OWL eröffnet. Bis zum 31. März 2021 läuft nun das Beteiligungsverfahren. Bürgerinnen und Bürger sowie die Städte und Gemeinden, die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen, wie z. B. auch die Nichtregierungsorganisationen in der Region, können jetzt eine Stellungnahme dazu abgeben. Der Klimabeirat hat sich damit befasst und stellt

Antrag

Der Klimabeirat fordert den Rat der Stadt auf, den vorliegenden Regionalplanentwurf in Hinblick auf das Klima-Anpassungskonzept der Stadt Bielefeld zu prüfen und im weiteren Verfahren bei Flächen, die im Widerspruch zum Konzept und zu den Zielen des Klimaschutzes in der Stadt stehen, die Herausnahme beim Regionalrat zu beantragen.

Begründung

Die Stadt Bielefeld wächst. Daraus ergeben sich zweifellos Zielkonflikte mit dem Klimaschutz. Von der Neuausweisung von Flächen für Wohnen und Gewerbe in der Stadt Bielefeld sind besonders auch Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung berührt. Immer mehr klimarelevante Grünflächen werden bebaut und versiegelt. Deshalb hat sich der Klimabeirat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 16.12. 2020 mit dem Regionalplanentwurf befasst und nimmt dazu Stellung.

Nach Auffassung des Klimabeirates besteht ein deutlicher Zielkonflikt zwischen dem Klimaanpassungskonzept der Stadt und vielen neu für eine Bebauung angemeldeten Flächen. Einige Flächen stellen dabei klimatische Ausgleichsräume von hoher Relevanz dar, entweder weil sie Kaltluftentstehungsgebiete sind und/oder Raum für Frischluftströme bieten. Kaltluftentstehungsgebiete liefern den umgebenden Stadtteilen Frischluft und Kühlung, vor allem nachts durch sogenannte Flurwinde.

Aus diesen Gründen wurden solche Flächen im Klimaanpassungskonzept der Stadt als „für Siedlungszwecke“ ungünstig bewertet. Würden alle im Regionalplan-Entwurf dargestellten Flächen bebaut, würde das in der gesamten Stadt eine durchschnittliche Temperaturerhöhung um 25% zur Folge haben.

Aus Sicht des Klimabeirates darf der Zielkonflikt zwischen Wachstum der Stadt und Klimaschutz nicht einseitig zu Lasten des Klimaschutzes gelöst werden. Vielmehr muss in Anbetracht der Dramatik der Klimaerwärmung, die aktuell besonders durch großflächiges Baum- und Waldsterben zum Ausdruck kommt, dem Klimaschutz in dieser Stadt höchste Priorität eingeräumt werden. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes hat sich der Rat der Stadt auch dazu bekannt. Jetzt müssen dieser Absichtserklärung auch Taten folgen. Daraus folgt, dass die für das Stadtklima besonders wichtigen Grünflächen, insbesondere die Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, besonders geschützt werden müssen.